

RUSSLAND: DEMONSTRANTEN VOM BOLOTNAJA-PLATZ NACH FRIEDLICHEM PROTEST INHAFTIERT



Die Menschenrechtslage in Russland verschärft sich zunehmend. Das mussten drei Männer erfahren, die zu Beginn von Präsident Putins dritter Amtszeit im Mai 2012 an einer Demonstration in Moskau teilnahmen. Obwohl die Männer nur friedlich demonstrierten, sitzen sie seit über einem Jahr in Untersuchungshaft.

Am 6. Mai 2012 beteiligten sich Zehntausende Menschen an einer Demonstration auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz. Nachdem es zu Ausschreitungen kam, nahm die Polizei Hunderte von Demonstranten fest, darunter auch Vladimir Akimenkov, Artiom Saviolov und Mikhail Kosenko. Die drei Männer wurden wegen „Beteiligung an Massenunruhen“ angeklagt. Artiom Saviolov und Mikhail Kosenko wird außerdem vorgeworfen, sie hätten Polizisten tätlich angegriffen.

Die drei Männer bestreiten die Vorwürfe. Videoaufnahmen bestätigen ihre Aussagen. Amnesty International betrachtet Vladimir Akimenkov, Artiom Saviolov und Mikhail Kosenko als gewaltlose politische Gefangene, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ausgeübt haben.

Vladimir Akimenkov und Artiom Saviolov stehen derzeit in Moskau vor Gericht und befinden sich in Untersuchungshaft.

Vladimir Akimenkov leidet an einer Augenkrankung, die bei fehlender Behandlung zu Blindheit führen kann. Im Verfahren gegen Mikhail Kosenko hat ein Moskauer Gericht am 8. Oktober 2013 eine Zwangseinweisung in die Psychiatrie angeordnet. Er leidet seit seiner Armeezeit an einer psychischen Erkrankung, wegen der er bereits untersucht worden war, ohne dass die Ärzte eine stationäre Behandlung für erforderlich gehalten hätten. Das Urteil könnte für Mikhail Kosenko zeitlich unbegrenzten Freiheitsentzug bedeuten.

Seit Beginn der dritten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin im Mai 2012 wurden die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Russland drastisch beschnitten. Die Bestimmungen zum Demonstrationsrecht wurden verschärft, immer wieder werden einzelne Demonstrationen verboten oder aufgelöst.

Ein neues Gesetz zwingt Nichtregierungsorganisationen unter der vagen Voraussetzung, dass ihre Arbeit als „politisch“ einzustufen ist, sich als „ausländischer Agent“ zu registrieren. Ein neues „Blasphemiegesetz“ soll offenbar dazu dienen, Kritik an der russisch-orthodoxen Kirche zu unterbinden. Und für Homosexuelle ist es kaum noch möglich, öffentlich für ihre Belange einzutreten, denn ein neues Gesetz verbietet es, gegenüber Minderjährigen für „nicht-traditionelle“ sexuelle Beziehungen zu „werben“.

November 2013

DEIN BRIEF KANN LEBEN RETTEN!

Sei dabei: jetzt unterschreiben
und Brief abschicken.

www.amnesty.de/briefmarathon

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

